

# Start der Abstimmungskampagne für die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»



Medienkonferenz zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»  
am 15. August 2014

## Referat Casimir Platzer, Präsident GastroSuisse

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Guten Morgen meine Damen und Herren. Willkommen zur Medienkonferenz über die Volksinitiative „Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes!“. Vielen Dank für Ihr Erscheinen und Ihr Interesse. Wir werden Ihnen heute die Kampagne vorstellen und Ihre Fragen beantworten.

Zuerst jedoch einen Blick zurück: Seit Einführung 1995 verstösst die MwSt gegen den Grundsatz der gleichen Besteuerung gleicher Dienstleistungen.

Die MwSt hat möglicherweise die Exportindustrie von der WUST entlastet, gleichzeitig passierte aber ein anderer „Konstruktionsfehler“, indem für das Gastgewerbe eine Ungleichbehandlung eingeführt wurde. Das Gastgewerbe wurde gegenüber der Besteuerung anderer Lebensmittel diskriminiert, da das „Essen-Gehen“ als Luxus eingestuft wurde. Diese Optik war schon 1995 falsch, wirkte sich damals – wegen der noch viel geringeren Bedeutung von Fertig-Mahlzeiten noch nicht derart spürbar aus wie heute.

Meine Damen und Herren, Sie können alle an Ihrer eigenen Lebensweise am besten nachvollziehen, dass „Essen-Gehen“ heute alles andere als ein Luxus ist. Im Gegenteil: Bei der heutigen Mobilität, wo viele von uns jeden Tag und zu allen möglichen Zeiten unterwegs sind, kann man nicht behaupten, dass auswärts essen ein Luxus ist. Es ist vielmehr eine Notwendigkeit unserer Lebens- und Arbeitsgewohnheiten. Man darf die Mobilität und Flexibilität nicht bestrafen.

Die Verpflegung in Take-Aways, wie sie von der heutigen MwSt-Regelung bevorzugt wird, stellt aber keine tatsächliche Alternative zum Essen in einem Restaurant dar. Dies gilt für den einzelnen Gast, der nicht nur etwas zu essen, sondern auch einen Platz im Warmen und Trockenen sucht. Es gilt auch für die Schweizer Wirtschaft als Ganzes. Das Gastgewerbe ist einer der grössten Arbeitgeber des Landes, eine Stütze der Wirtschaft in Randregionen und erfüllt zahlreiche soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Dass der Staat diese Leistungen mit einem erhöhten MwSt-Satz bestraft, ist nicht akzeptabel. Dass ein Gast im Gastgewerbe einen drei Mal so hohen MwSt-Satz bezahlt wie in einem Take-Away, ist nicht akzeptabel.

# Start der Abstimmungskampagne für die Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»



Deshalb ist ein JA zur MwSt-Initiative nötig, gerecht und gut für unser Land!

In letzter Zeit war die Behauptung zu hören, bei einem JA zu unserer Initiative würde der Preis für Grundnahrungsmittel steigen. Dabei handelt es sich um eine willentliche Fehlinterpretation unserer Anliegen. Wie genau die Initiative umgesetzt wird, muss der Gesetzgeber entscheiden, aber eine Lösung, die das Essen zuhause verteuert, werden wir keinesfalls akzeptieren.

Zudem treten wir auch entschieden der Angstmacherei des Bundesrates entgegen, der auf alarmistische Weise vor einem angeblichen Steuerausfall in Millionenhöhe warnt. Geschätzte Medienschaffende, Sie kennen den Politikbetrieb in Bern besser und wissen genau, dass der Bund dies bei jeder Gelegenheit macht, um eine Steuererleichterung zu verhindern. Und was ist im Hinblick auf die bundesrätliche Schwarz-Malerei passiert? Nichts! Unsere Finanzen sind in Ordnung und schreiben jedes Jahr weiterhin schwarze Zahlen. Was aber passieren sollte, ist etwas mehr Ordnung bei der Steuerverwaltung. So hat jüngst ein Bericht der Rundschau zutage gebracht, dass der Steuerverwaltung durch Missmanagement jährlich 200 Millionen Franken verloren gehen. Bevor der Bundesrat mit dem Untergang der Bundesfinanzen droht, sollte er erst einmal selber Ordnung im eigenen Haushalt schaffen. Mit den 200 Millionen, die jährlich bei der MwSt-Verwaltung verloren gehen, lässt sich unsere Initiative gut finanzieren!

Auch wenn unsere Initiative vom Bundesrat abgelehnt wurde, stehen zahlreiche Parteien hinter dem Anliegen. Deshalb sind heute Herr Amstutz von der SVP, Herr Feller von der FDP, Herr Gmür von der CVP und Herr Grunder von der BDP bei uns. Ausserdem wird Herr Rime als Präsident des sgv die Positionen des Schweizerischen Gewerbeverbandes darlegen.

Unsere Initiative wird zudem von den Jungfreisinnigen sowie zahlreichen Kantonalverbänden, darunter auch die Grünen Waadtland sowie die BDP Aargau, unterstützt. Ebenso haben sich die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete sowie der Schweizer Tourismusverband für ein JA zu unserer Initiative ausgesprochen. Diese Unterstützung von links bis rechts, von Stadt und Land gibt uns die Gewissheit, dass wir am 28. September ein Stück Geschichte schreiben werden und die Mehrwertsteuer-Diskriminierung des Gastgewerbes sowie der täglich 2,5 Millionen Gäste beseitigen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich übergebe das Wort nun an Herrn Amstutz.